

# „Wer keine Perspektive hat, wendet sich ab“

Im Interview sprechen die IG-Metall-Chefs aus Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter über die VW-Krise und den Anschlag in Berlin.

**Braunschweig.** Tarifrunden und die Krise bei Volkswagen haben auch bei der IG Metall für ein herausforderndes Jahr 2016 gesorgt. Im Gespräch mit Armin Maus und Andreas Schweiger erläutern Hartwig Erb, Eva Stassek und Wolfgang Räschke, die Bevollmächtigten der IG-Metall-Geschäftsstellen Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter-Peine, wie sie den „Zukunftspakt“ bei VW einschätzen. Außerdem sprechen sie über den Anschlag von Berlin und die zunehmende Angst vieler Menschen in Deutschland vor dem sozialen Abstieg.

**Auch wenn noch nichts bewiesen ist, deutet einiges darauf hin, dass der Anschlag von Berlin von einem oder mehreren Flüchtlingen begangen wurde. Was entgegen Sie jenen, die sich in ihrem Urteil bestätigt sehen, dass von Flüchtlingen zu viel Gefahr ausgeht und ihnen deshalb die Einreise nach Deutschland verweigert werden muss?**

**Erb:** Neben den humanitären Gründen ist Aufklärung mit weiteren Argumenten wichtig. Dabei ist es uns bewusst, wie schwierig es ist, Vorurteile aufzuweichen. Wir dürfen nicht müde werden zu betonen, dass einzelne für die Anschläge verantwortlich sind, nicht aber die Masse der Flüchtlinge.

**Was verstehen Sie unter guten Argumenten?**

**Erb:** Zum Beispiel, dass wir jedes Jahr zwischen 12 und 15 Prozent weniger Schulabgänger haben, Tendenz steigend. Schon jetzt fehlen im Handwerk, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Pflege und im Gastgewerbe Fachkräfte. Außerdem fehlen junge Arbeitnehmer, um die künftigen Renten zu finanzieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Flüchtlinge möglichst schnell in das Arbeitsleben integriert werden und sie die Sprachkurse berufsbegleitend besuchen.

**Viele Menschen haben aber Angst, dass ihnen Flüchtlinge ihren Arbeitsplatz streitig machen.**

**Erb:** Das ist gar nicht das Thema. Flüchtlinge sollen dort Arbeitskräfte ersetzen, wo Mitarbeiter fehlen. Deshalb nehmen sie niemandem den Arbeitsplatz weg. Aus diesem Grund sind wir auch dagegen, dass Flüchtlinge unter dem Niveau des Mindestlohns arbeiten.

**Erreichen Sie denn die Menschen, die Sie mit ihren Argumenten erreichen müssten? Viele wenden sich doch von den bestehenden Organisationen und Strukturen ab, weil sie ihnen nicht mehr vertrauen.**

**Räschke:** Das beobachten auch wir. Das Vertrauen nimmt ständig ab.  
**Stassek:** Wir suchen immer wieder die Gelegenheit, um mit den Menschen abseits der Stammtischparolen zu diskutieren. Dort, wo wir die Gelegenheit bekommen, klärt sich vieles auf. Wir sprechen mit unseren Vertrauensleuten, mit unserer Jugend und nutzen zum Beispiel auch Jubilarehrungen für Diskussionen. Wir haben also vielfältige Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen.

**Haben Sie Verständnis für die Ängste dieser Menschen?**

**Räschke:** Ja, wer keine Sicherheit und keine Perspektive hat, wendet sich ab. Viele Menschen erleben seit 20 Jahren nur Sozialabbau. Deshalb haben vor allem die 40- bis 50-Jährigen Angst, noch mehr zu verlieren und sehen in den Flüchtlingen die Schuldigen. Es reicht daher nicht zu sagen: „Wir schaffen das“.

**Stassek:** Die Kolleginnen und Kollegen haben natürlich das Bedürfnis nach Sicherheit. Dafür treten auch wir als Gewerkschaft ein und warnen daher seit Jahren vor den negativen Folgen prekärer Arbeitsverhältnisse für den sozialen Frieden.

**Wie kann die Lebenssituation dieser Menschen verbessert werden?**

**Stassek:** Wir müssen darüber reden, mehr Menschen in Beschäftigung zu bekommen, prekäre Arbeitsverhältnisse verbessern und mehr für die Bildung tun. In diesen Bereichen hat es viele Fehlentscheidungen der Politik gegeben, die den Menschen die Teilhabe am Reichtum unserer Gesellschaft verwehren.

**Welchen Beitrag will die IG Metall leisten, um das zu ändern?**

**Räschke:** Wir werden vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr Schwerpunkte setzen. Ein Thema wird die Rente sein. Wir fordern, dass das aktuelle Rentenniveau nicht abgesenkt, sondern bei den aktuellen 48 Prozent eingefroren wird – mit der Aussicht auf künftige Steigerungen. Wir fordern zudem, dass die Krankenkassenbeiträge zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden. Die aktuelle Deckelung der Arbeitgeberbeiträge ist ungerecht, weil durch Beitragssteigerungen nur die Arbeitnehmer belastet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass sich die Arbeitsverhältnisse für Leiharbeiter verbessern.  
**Erb:** Die große Herausforderung auch für uns ist, dass gleich mehrere Entwicklungen aufeinandertreffen, mit denen wir umgehen müssen.

**Wie meinen Sie das?**

**Erb:** Nicht nur der Zuzug von Flüchtlingen sorgt bei vielen für Verunsicherung. Hinzu kommen Ängste, die durch den Einzug neuer Techniken ausgelöst werden. Viele fragen sich zum Beispiel, welche Auswirkung die Digitalisierung oder die E-Mobilität auf ihren Arbeitsplatz hat. Auf diese Fragen gibt es derzeit noch keine konkreten Antworten, weil die Entwicklung noch nicht einschätzen ist. Klar ist nur, dass sich die Arbeit durch die neuen Techniken in allen Branchen stark verändern wird. Ich persönlich bin zudem überzeugt, dass diese Entwicklung nicht nur Arbeitsplätze kosten wird, sondern dass viele neue entstehen werden.

**VW setzt doch aber sehr stark auf die Elektro-Mobilität.**

**Erb:** Dennoch weiß kein Mensch, wie hoch der Anteil von E-Modellen 2025 tatsächlich sein wird.  
**Räschke:** Zumal die CO<sub>2</sub>-Bilanz von E-Fahrzeugen derzeit immer noch schlechter ist als die von Autos mit Diesel-Motor. Es stimmt einfach nicht, dass E-Mobilität automatisch sauber ist.



**Hartwig Erb, Eva Stassek und Wolfgang Räschke (von links), die Bevollmächtigten der IG-Metall-Geschäftsstellen Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter-Peine, im Gespräch mit unserer Zeitung.**

Fotos: Peter Sierigk

**Wie bewerten Sie den „Zukunftspakt“, den VW-Vorstand und -Betriebsrat für die deutschen Werke ausgehandelt haben?**

**Stassek:** Die IG-Metall-Betriebsräte haben einen sehr guten Job gemacht. Dass die Beschäftigung bis 2025 gesichert ist, ist ein sehr gutes Ergebnis, das ohne starke Mitbestimmung nicht möglich gewesen wäre.

**Erb:** Die Betriebsräte haben sich auch durchgesetzt, weil sie sehr kompetent und bodenständig sind. Außerdem sind sie mit unserer Region tief verbunden, was man nicht unbedingt von jedem Vorstand sagen kann.

**Dennoch werden Tausende von Arbeitsplätzen abgebaut.**

**Stassek:** Aber niemandem wird betriebsbedingt gekündigt. Der Stellenabbau geschieht auf freiwilliger Basis über Altersteilzeit. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis, um das uns viele beneiden.

**VW will das Angebot an E-Modellen kräftig ausbauen. Diese Strategie trifft das Werk Salzgitter am stärksten, weil dort Verbrennungsmotoren gefertigt werden. Sind Sie mit den Ergebnissen zufrieden, die der „Zukunftspakt“ für das Werk Salzgitter vorsieht?**

**Räschke:** Ja, weil dafür gesorgt wurde, dass in das Werk investiert wird, um zusätzliche Standbeine aufzubauen. Dazu gehört die Produktion von Komponenten für den Elektro-Antrieb und natürlich der Aufbau einer Pilotanlage für die Fertigung von Batteriezellen. Außerdem werden in Salzgitter Komponenten für die Brennstoffzelle gebaut, die von Audi weiterentwickelt wird. Das ist wichtig, weil noch völlig offen ist, ob sich in Zukunft der reine Elektroantrieb oder eben die Brennstoffzelle durchsetzt.

All diese einzelnen Bausteine sichern die Arbeitsplätze der Stammbesetzter und sollen Perspektiven für die Leiharbeiter schaffen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Werk ein ganz wichtiger Arbeitgeber in Salzgitter ist.

**Neben VW arbeiten in Salzgitter auch der Schienenfahrzeughersteller Alstom und die Salzgitter AG an der Brennstoffzelle beziehungsweise an der Produktion von Wasserstoff. Ist es eine Aufgabe der IG Metall, diese Kompetenzen zusammenzuführen?**

**Räschke:** Ja, wir wollen diese Verzahnung unbedingt. Es gibt übrigens seit den 1980er Jahren ein Konzept für den Ausbau unserer Region zu einer Verkehrs-Kompe-

tenzregion. Das ist wegen des Erfolgs von VW in den vergangenen Jahren etwas in Vergessenheit geraten. An dieses Konzept wollen wir wieder anknüpfen. Wir brauchen eine stärkere regionale Strukturpolitik, die mit den Unternehmen, aber auch den Hochschulen abgesprochen werden muss.  
**Erb:** Es ist auch wichtig, dass VW gemeinsam mit Wissenschaftlern aus Hochschulen begonnen hat, das Potenzial der Batterien zu untersuchen, die in E-Autos zum Einsatz kommen. Diese Batterien können zum Beispiel auch als private Energiespeicher genutzt werden, was eine große Rolle beim Ausbau erneuerbarer Energien spielen könnte. Es ist auch wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie die einzelnen Komponenten der Batterien wiederverwertet werden können.  
**Stassek:** Mein Vision ist in Anlehnung an das Silicon Valley das SON-Valley, das allen Menschen in Europa ein Begriff werden soll. (Anmerkung der Redaktion: SON steht für Südost-Niedersachsen.) Es gibt in unserer Region nicht nur starke und kompetente Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen, sondern auch eine einzigartige Forschungslandschaft. Sie sind nur noch zu wenig miteinander verzahnt und werden daher nicht so wahrgenommen, wie es ihrer Bedeutung eigentlich angemessen ist. Das müssen wir verbessern.

**Braunschweiger Zeitung  
21.12.2016  
Wirtschaftsseite**